



Gerda  
Hasselfeldt  
CSU



# hasselfeldts berliner notizen

## informationen zur aktuellen bundespolitik.

02.03.2015

### **Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland Athen muss zeigen, dass es die europäische Solidarität verdient**

Am vergangenen Freitag beschloss der Deutsche Bundestag die Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland. Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Unser Prinzip bleibt auch weiterhin: Hilfen nur gegen Auflagen. Bei der Abstimmung vergangene Woche haben wir nicht die Auszahlung von mehr Geld freigegeben. Die griechische Regierung erhält lediglich mehr Zeit, um die Kriterien des laufenden Hilfsprogramms zu erfüllen. Das Vertrauen zu Griechenland hat in den letzten Wochen gelitten. Die griechische Regierung muss jetzt zeigen, dass sie die Solidarität Europas verdient und konkrete Ergebnisse liefern.

#### **Das EFSF-Hilfsprogramm**

Das Hilfsprogramm für Griechenland besteht im Kern aus einer EFSF-Finanzhilfe (European Financial Stability Facility) in Form von Darlehen und einem makroökonomischen Anpassungsprogramm. Zu diesem Anpassungsprogramm hat sich Griechenland in einem sogenannten Memorandum of Understanding (MoU), also einer Absichtserklärung, verpflichtet. Zum momentanen Zeitpunkt steht die Auszahlung der letzten Tranche des Programms in Höhe von 1,8 Mrd. Euro noch aus. Die Auszahlung der Summe wird erst nach der Erfüllung der vereinbarten Auflagen durch Griechenland erfolgen. Programmende war ursprünglich für den 31. Dezember 2014 vorgesehen, nach einer vom Bundestag freigegebenen Verlängerung sollte das Programm regulär am 28. Februar abgeschlossen werden. Mit Ablauf der Frist und ohne Programmverlängerung hätte Griechenland die Darlehenssumme nicht mehr abrufen können. Die Finanzhilfe für Griechenland - und damit auch die einzelnen Kredittranchen - sind rechtlich an die Erfüllung der im Memorandum of Understanding festgelegten Bedingungen geknüpft. Das heißt, dass eine Verlängerung der Finanzhilfevereinbarung gleichzeitig eine entsprechende Verlängerung der Absichtserklärung bedeutet. In dieser Absichtserklärung ist neben der Erfüllung einer Reihe an Maßnahmen festgelegt, dass die sogenannte Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds die Reformfortschritte der griechischen Regierung überwacht und regelmäßig darüber berichtet. Die neugewählte griechische Regierung stellte jedoch die Auflagen der Absichtserklärung in Frage, insbesondere die Arbeit der Troika. Um doch eine Programmverlängerung zu erreichen, hat die griechische Regierung am vergangenen Montag erklärt, sich an die Vereinbarungen zu halten und der Euro-Gruppe eine Maßnahmenliste zukommen lassen, anhand

derer sie die Vorgaben aus der Absichtserklärung erreichen möchten. Die Euro-Gruppe erklärte sich, vorbehaltlich der Zustimmung der nationalen Parlamente, bereit, das Hilfsprogramm für Griechenland bis Ende Juni zu verlängern. Deutschland ist eines der vier Länder, in denen das Parlament EU-Hilfsprogrammen zustimmen muss.

#### **Griechenland muss Bedingungen erfüllen**

Für eine Auszahlung der Darlehenssumme muss Griechenland eine Reihe an Bedingungen erfüllen. Dazu gehört die Zusage, weiterhin mit der Troika zu kooperieren. Es wird zudem keinen Schuldenschnitt geben, die finanziellen Verpflichtungen gegenüber Gläubigern müssen erfüllt werden. Die griechische Regierung verpflichtet sich zur Umsetzung lang überfälliger Reformen, um so Korruption und Steuerhinterziehung zu bekämpfen und um die Effizienz des öffentlichen Sektors zu erhöhen. Ferner muss Athen auf eine einseitige Änderung an den Wirtschafts- und Strukturreformen, die sich negativ auf die Haushaltsziele, wirtschaftliche Erholung und Finanzstabilität auswirken würden, verzichten. Die Erfolge der Vorgängerregierung, die die Bedingungen des Anpassungsprogramm befolgten zeigen, dass dies der richtige Weg ist. Griechenland hat durch die Nachverfolgung der Auflagen des Hilfsprogramms seinen relativen Wettbewerbsnachteil gegenüber den europäischen Handelspartnern teilweise aufgeholt und es konnte 2013 und, aller Voraussicht nach, auch 2014 einen strukturellen Überschuss im Staatshaushalt vorweisen.

#### **Keine Leistung ohne Gegenleistung**

Bei der jetzt getroffenen Entscheidung über die Programmverlängerung ging es um Verlässlichkeit und Vertrauen. Das gegenseitige Vertrauen hat in den letzten Wochen durch zahlreiche Äußerungen griechischer Regierungsmitglieder sehr gelitten. Es muss nun schnellstens wieder hergestellt werden. Griechenland ist dabei jetzt am Zug, es hält eine Bringschuld. Die Ursachen der derzeit schwierigen Lage sind im Land selbst zu finden. Griechenland hat viele Jahre über seine Verhältnisse gelebt und versäumt, nachhaltige Reformen anzugehen. Für die griechische Misswirtschaft ist weder Deutschland noch die Troika verantwortlich. Die Regierung Tsipras muss jetzt zeigen, dass sie die ihr entgegengebrachte europäische Solidarität verdient und konkrete Ergebnisse liefern. Unsere Botschaft ist: wir halten Wort und zahlen aus, wenn die Vereinbarungen eingehalten werden.